

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an F. Kagerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1247. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Kreuzbergstr. 9, Seitenst. I. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: L. Stidel, Frankfurt a. M., Götzenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Presz-Kommission: C. Brandt, Linden-Hannover, Wittelsbinderstraße 20, 1. Etage.

Nr. 37.

Hannover, den 13. September 1901.

11. Jahrgang.

## Höhere Getreidezölle, steigende Biersteuern.

II.

Betrachten wir nun, welche Bedeutung der neue Zolltarifentwurf für uns hat, und ganz insbesondere, wie er unser Interesse an dem Blühen der Bierbrauerei beeinflusst. Wir haben es nicht von nöthen, eingehend zu erörtern, daß der Zolltarif in seiner Gänge für die Arbeiterklasse unannehmbar ist. Die ganze Haltung der Arbeiterpresse, die großartige Agitation, welche von der Sozialdemokratie gegen den Bülow'schen Zolltarif entwickelt wurde, und welche ihren Widerhall fand, wenn auch keinen genügend lauten und energischen in den Kreisen der nicht sozialdemokratischen Arbeiter, beweisen es, daß die große Gefahr, die Deutschlands Industrie, Ausfuhr, Welthandelsstellung und Volksernährung droht, von der Arbeiterschaft in ihrer vollen Schärfe erfaßt wurde. Wir sind uns Alle bewußt, daß eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit eine Verschlechterung der Ernährung und damit eine Verelendung der Arbeiterklasse die Folgen des Zolltarifs sein werden. Die Erhöhung der Zölle auf Getreide, Fleisch und andere Nahrungsmittel laufen parallel mit der schärfsten Herausforderung des Auslandes, dessen Einfuhr nach Deutschland erschwert und in vielen Fällen unmöglich gemacht wird. Ueber alle Grenzen hören wir es schallen, daß diese Herausforderung mit der schärfsten Zollmaßregeln gegen die deutsche Ausfuhr beantwortet wird, mit Zöllen, die es unmöglich machen werden, die großen Waarenmengen im Auslande abzusetzen, auf deren Verkauf unsere Industrie angewiesen ist. So sehen wir die Verminderung des Absatzes deutscher Produkte im Auslande als eine unvermeidliche Folge der agrarischen Politik der Reichsregierung. Wir sind uns auch weiter klar, daß der Absatz deutscher Industrieerzeugnisse im Inlande eine erhebliche Verminderung erfahren wird, denn das deutsche Volk in seinen breiten Schichten wird künftighin umso viel mehr für seine Ernährung auszugeben haben, daß ihm naturgemäß nur wenig übrig bleibt, um sich Kleider und Zigarren, um sich Hausath und Bücher zc. zc. anzuschaffen. So wird der Absatz der deutschen Industrie nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande sinken; dies wird naturgemäß die unvermeidliche Folge haben, daß die Anzahl der regelmäßig beschäftigten Arbeiter ganz gewaltig zurückgeht, daß eine gewaltige industrielle Reservearmee ständig auf die Lohnhöhe drückt wird, daß also nicht nur sehr viele arbeitslos sein werden, sondern auch der Verdienst der Beschäftigten zurückgehen wird. Dabei wird die Zahl der auf Lohnarbeit angewiesenen Personen und damit die Wirkung der Arbeitslosigkeit eine weitere Steigerung erfahren, weil in diesen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für das mittlere und kleinere Unternehmertum sehr schwierigen Zeiten nur die leistungsfähigsten, auf höchster technischer Stufenleiter produzierenden, kapitalträchtigsten Großbetriebe weiter existieren können. Mit anderen Worten, eine weitere Folge der neuesten Zolltarifpolitik muß die Herabdrückung zahlreicher Existenzen, die bisher selbstständig waren, in das Proletariat zur Folge haben. Bedenkt man weiter, daß wir heute schon in einer Krise leben, die von Monat zu Monat an Schärfe zunimmt, so müssen wir uns an den Kopf greifen, wenn wir uns ein Urtheil über die staatsmännische Weisheit unserer Regierungen zu machen versuchen.

Betrachten wir nun im Einzelnen die Zollerhöhungen, die für die Bierproduktion in Betracht kommen. Gerste, die bisher im Verkehr mit den Vertragsstaaten einen Zweimark-Zoll zu zahlen hatte, und im übrigen Verkehr 2,25 Mk. Zoll, soll künftighin 4 Mk. bei der Einfuhr für den Doppelzentner zu bezahlen haben. Malz aus Gerste wird, statt bisher 3,50 Mk. beziehentlich 4 Mk., 6,25 Mk., Malz aus anderem Getreide künftighin 9 Mk. Zoll zu tragen haben. Hopfen, der früher bei der Einfuhr aus Vertragsstaaten 14 Mk., bei der übrigen Einfuhr 20 Mk. ebenso wie Hopfenmehl zu zahlen hatte, soll künftighin 40 Mk., und Hopfenmehl gar 60 Mk. Zoll tragen. Das sind ganz außerordentlich hohe Zollsätze, zum Theil Verdoppelungen und Verdreifachungen des bisherigen Zollsatzes. Wenn nun das meiste deutsche Bier lediglich aus Gerstenmalz und aus Hopfen hergestellt wird, so ist es doch vollständig klar, daß diese Zollerhöhungen einen ganz gewaltigen Einfluß auf die Produktions-

kosten des Bieres, auf seine Absatzfähigkeit, auf den Bierpreis und damit auch auf den Bierabsatz, und auf die Beschäftigung der in den Brauereien thätigen Personen und zulezt auf die Existenz vieler Brauereien haben muß. Man bedenke doch, daß in Bayern für den Hektoliter Bier 30 Kilogramm Gerste und in Norddeutschland für den Hektoliter Bier 28 Kilogramm Gerste verbraucht werden. Nach einem Gutachten, das vor Bekanntwerden des Zolltarifs von einem Fachmann aufgestellt wurde, würde eine Erhöhung des Gerstenzollses auf 4 Mk., wie er nun thatsächlich in dem Zolltarifentwurf vorgesehen ist, einer Steigerung des Produktionspreises des Bieres pro Liter um 1/4 Pfg., pro Hektoliter um 1,50 Mk. entsprechen, eine Erhöhung, die bei Belassung der gleichen Güte des Bieres in Qualität und Gehalt insbesondere die mittleren und kleineren Betriebe nicht tragen könnten. Es heißt dann wörtlich weiter: „Sie (die Bierbrauerei) müsse entweder dem wirtschaftlichen Ruine entgegengehen oder durch Erhöhung des Bierpreises den Zoll auf die Konsumenten überwälzen. Würde dies geschehen, dann ginge wiederum der Konsum zurück, und in diesem Falle würde die Biererzeugung und der Gerstenbedarf sich mindern. Dadurch könnte wohl weder dem Staate hinsichtlich seiner Zoll-, Steuer- und Malzausschlag-Einnahmen, noch auch der Landwirtschaft selbst hinsichtlich des geminderten Gerstenabzuges neben den selbst zu zahlenden höheren Bierpreisen gebiert sein.“

Die Unehrlichkeit der Politik derjenigen Parteien, die den Schutz des kleinen Mannes auf ihre Fahne schreiben, die das Handwerk und den Kleinbetrieb vor der Niederkonkurrenz durch den Großbetrieb sichern wollen, die die lächerlichsten und wirkungslosesten Handwerker- und Innungsgeetze geschaffen haben, erscheint in bengalischer Beleuchtung, wenn man sieht, daß diese gleichen Parteien heute für den Bülow'schen Zolltarif eintreten, ja ihn noch übertrumpfen möchten, soweit es sich um die für die Bierbrauer in Betracht kommenden Zölle handelt. Haben diese Parteien oft genug den ebenso haltlosen, wie lächerlichen Vorwurf der Sozialdemokratie gemacht, daß sie den Kleinbetrieb zu Grunde richten wolle, eine Sache, die nicht die Sozialdemokratie, sondern die wirtschaftliche Entwicklung besorgt, so kann man heute den Vertretern der agrarischen Hochschutzzölle den Vorwurf mit ganz anderem Rechte zurückgeben. Diese Zölle können event. ertragen werden von den Kiesenbetrieben. Diese werden über die Erhöhung der Getreidezölle, des Malzollses, des Hopfenzollses nicht zu Grunde gehen. Dagegen werden die mittleren und kleineren Brauereien den für sie ohnehin nicht leichten Existenzkampf aufgeben müssen, weil sie die Erhöhung der Produktionskosten nicht tragen können. Die Großbrauereien werden in der verminderten Konkurrenz einen Ersatz dafür finden, daß die Produktionskosten erhöht wurden; durch die Verminderung des Wettbewerbes wird ihre Kartellirung erleichtert, sie werden leichter in die Lage kommen können, die erhöhten Zolllasten auf die Konsumenten abzuwälzen, sie werden die Verminderung des allgemeinen Konsums auch nicht so sehr empfinden, weil künftighin eine kleinere Zahl von Brauereien sich in diesen Konsum theilen kann.

Hat man in den neuen Biersteuergesetzen, und zwar mit voller Deutlichkeit in den süddeutschen, eine Staffelung der Biersteuer eingeführt, um die kleineren Betriebe konkurrenzfähig zu erhalten gegenüber den Großbetrieben, so kann bei der viel stärkeren Belastung durch die Sätze des neuen Zolltarifs von dieser Rücksicht gar keine Rede sein, hier wird die größte Brauerei theoretisch genommen um keinen Pfennig stärker belastet als die kleinste Dorfbrauerei, in der Praxis aber wird diese kleine Dorfbrauerei weitaus stärker belastet sein als die Großbrauerei. Die Großbrauereien kaufen zu einer Zeit, wo sie das Getreide am billigsten erhalten können, sie können stets auf eine Berücksichtigung bei der Preisfestsetzung rechnen, weil sie eben die größten Abnehmer sind. Sie kaufen auch mit ganz anderen Zahlungsbedingungen wie die Brauereien, brauchen nur die ihnen zusagenden, besten Waaren zu berücksichtigen, sie können daher ihre Gerste auch ganz anders ausnützen, sie haben mit weit weniger Abfall und Verunreinigung der Gerste zu rechnen, sie werden also durch die Zölle, ganz abgesehen von den anderen Verhältnissen, weit weniger betroffen als die Kleinbrauereien. Aber man weiß

doch nur zu gut, daß trotz aller Steuerkunststücke, trotz aller Staffelung die Kleinbrauereien immer geringer an Zahl werden, daß sie ihre Konkurrenz immer mehr zurücktreten lassen. Wie soll dies nun künftighin werden, wenn mit der wuchtigen Schwere die neuen Zölle wirken sollen. Neben dem Gerstenzoll, der so außerordentlich stark das Bier verteuert, steht dann noch der Hopfenzoll, dessen Wirkung auch in Folge seiner mehrfachen Vertheuerung vor Allem für die kleineren und mittleren Brauereien von unabwehrbaren Folgen begleitet sein muß.

Es ist ja Jedermann klar, und selbst die Agrarier wagen es nicht mehr, zu leugnen, daß die Getreidezölle die Wirkung haben, daß um den Betrag des Zollses auch das im Inlande produzierte Getreide im Preise steigen wird. Je größer aber das Bedürfnis nach einem ausländischen Produkte ist, je geringer die Möglichkeit ist, mit der inländischen Produktion auszukommen, desto unzweifelhafter ist die Preissteigerung des im Inlande produzierten um die Zölle des Auslandes. Wenn wir nun erwägen, daß in den Jahren 1897 bis 1900 die niedrigste Gersteimport 781 458 Tonnen, die höchste 1 153 067 Tonnen war, so ist es doch vollständig klar, daß wir unseren Inlandsbedarf nicht decken können, daß wir damit rechnen müssen, entweder die Bierproduktion gewaltig einzuschränken, oder weiter vom Auslande zu kaufen und dementsprechend auch die inländische Gerste mit dem um den Zoll erhöhten Preis zu bezahlen. Wie lächerlich gering unsere Ausfuhr an Gerste war, geht daraus hervor, daß sie in diesen 4 Jahren zwischen 12 656 und 30 341 Tonnen schwankte. Um ca. 473 Millionen Mark haben wir in diesen 4 Jahren Gerste eingekauft und nur um etwa 12 Millionen Mark Gerste an das Ausland verkauft. Diese Zahlen beweisen aufs deutlichste, daß wir damit nicht rechnen können, uns vom Auslande unabhängig zu machen, mit einheimischer Gerste unser Bier allein zu bereiten. Aber es sind nicht nur Fragen der quantitativen Einkaufsmöglichkeit, die hier in Betracht kommen; jeder mit der Bierbrauerei auch nur einigermaßen Vertraute weiß, daß auch die Beschaffenheit eines großen Theils der in Deutschland produzierten Gerste nicht genügt, um ein Bier zu produzieren, wie es der deutsche Biertrinker und der ausländische Abnehmer unseres Bieres wünscht. Wir müssen aus Mähren, Ungarn und anderen Ländern Gerste einführen, um ein qualitativ hochbemerktes Produkt herstellen zu können. Ebenso steht es mit dem Malz. Unsere Einfuhr betrug im Jahre 1897 98 395 Tonnen, im Jahre 1900 109 853 Tonnen, die fast ausnahmslos aus Oesterreich-Ungarn gekommen sind; es handelt sich in den vier Jahren 1897 bis 1900 um circa 95 Millionen Mark, um die wir Malz aus dem Auslande bezogen haben, dagegen haben wir in den gleichen Jahren nur um 12 Millionen Mark von diesem Produkte ausgeführt. Unsere Brauereibesitzer, die doch sicherlich gute Rechner sind, haben das Malz nicht aus Bergnügen eingeführt, sondern weil dies im Interesse der Brauerei liegt.

Hopfen führen wir mehr aus als ein. Wenn nun unsere besten Biere trotz der großen Menge des im Inlande produzierten Hopfens unter Verwendung ausländischen Hopfens hergestellt werden, wobei immer finanzielle Opfer in Frage kommen, so geschieht dies einfach nur um deswillen, weil der gute Ruf des deutschen Bieres, sein Sieg über die Konkurrenz des ganzen Auslandes, seine Stellung auf dem Weltmarkte nur zu erhalten ist durch Verwendung der allerbesten Materialien. Würde man bei allen Menschenstandesgründe voraussetzen müssen, so könnte man es nicht fassen, wie Diejenigen, die sich mit solchem Eifer als die Schützer der „nationalen Arbeit“ gebärden, etwas thun können, was dem Ansehen, dem Werth schaden und die Ausfuhrmöglichkeit eines der berühmtesten deutschen Produktions-Artikel erschweren könnte. Die Steigerung des Hopfenzollses ist aber nicht nur im Interesse unserer Brauereibesitzer, der Brauindustrie und der Brauereiarbeiter Deutschlands überhaupt zu bekämpfen, sie liegt auch durchaus nicht im Interesse Derjenigen, die geschützt werden sollen, der Hopfenproduzenten. Unsere Ausfuhr an Hopfen ist mehr wie dreimal so groß, wie unsere Einfuhr, stören wir die Einfuhr durch Verdoppelung unserer Zölle, so ist es doch selbstverständlich, daß wir mit Gegenmaßregeln des Auslandes zu rechnen haben werden, daß der deutsche Hopfen nach dem Auslande

nur wird gehen können, soweit er höhere Zölle als z. B. der österreichische tragen kann. Die Ausfuhr an Hopfen wird aus diesen Gründen unzweifelhaft abnehmen, so daß die Lage der Hopfenbauern durch die Schutzzölle keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung erfahren würde. So sehen wir an diesem einen Beispiele, daß diese Schutzzölle niemand nützen, aber desto mehr Allen Schaden werden.

Über betrachten wir uns nun noch die Ausfuhr der deutschen Bierausfuhr; dieselbe war bisher in einer fast ununterbrochenen Steigerung begriffen, das deutsche Bier hat auf dem Weltmarkte fast alle Konkurrenten geschlagen, seinen gefährlichsten Nebenbuhler, das österreichische Bier, sehr stark zurückgedrängt, so in Frankreich, in Italien und anderwärts. Die Ausfuhr unseres Bierabfahres haben sich von Jahr zu Jahr verbessert, in England steigt der Bedarf an deutschem Bier, bis nach China, Australien geht es. Daß dieses Bier, wenn es mit so hohen Zöllen auf die Rohprodukte belegt wird, nicht mehr so leicht vom Auslande bezogen werden wird, bedürfte eigentlich gar keines weiteren Beweises. Aber man überlege doch noch, um sich die Situation ganz klar zu machen, daß unser Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkte, der österreichische Bierexport, die allergrößte Förderung durch die Wertsteuerung der deutschen Bierproduktion erfahren würde. Oesterreich hat nicht nur Brauereien von vollkommenster technischer Leistungsfähigkeit, es hat noch einen ganz besonderen Vorzug vor uns, daß die besten Rohmaterialien für die Bierproduktion im eigenen Lande hergestellt werden: an mehr als an die Worte „Sannahgerste“ und „Saager Hopfen“ brauchen wir da gar nicht zu erinnern. Nun denke man aber weiter, wenn das Ausland auch um unsere Grenzen, herausgefordert durch unsere schutzzöllnerische Regierung, hohe Zollmauern errichtet, uns mit Zollkriegen bedroht, so wird es uns dort am schärfsten bekämpfen, wo wir am sterblichsten sind, es wird diejenigen Gegenstände mit den höchsten Zöllen belegen, die man am leichtesten im eigenen Lande herstellen oder von anderen Staaten, mit denen man im Zollfrieden lebt, leicht beziehen kann.

Beides gilt für das Bier: In allen Staaten der Welt sehen wir die Brauindustrie sich entwickeln, beobachten wir Bemühungen, die Qualität des Bieres zu steigern. Wir sehen ferner, daß das Ausland auf den Bezug des deutschen Bieres nicht unbedingt angewiesen ist, da es sehr wohl aus Oesterreich, aus der Schweiz und aus England Bier beziehen kann, und daß auch Amerikas Brauindustrie für den australischen und ostasiatischen Markt in Frage kommen kann. Erwägen wir nun, daß wir in den Jahren 1897 bis 1900 um mehr wie 79 Millionen Mark Bier ausgeführt haben, so ergibt sich da eine neue und nicht ernst genug zu nehmende Gefahr für unsere Bierproduktion, für das Interesse der gesamten Brauindustrie an günstigen Handelsvertrags-Beziehungen, an einer Ablehnung des Willens des Zolltarifs.

Das sind Alles Gründe, die uns veranlassen müssen, in aller Schärfe und ohne Unterlaß den Kampf zu unterstützen, den die Arbeiterklasse aufgenommen hat. Ja, es giebt keine Arbeiterkategorie, die mehr Anlaß hat, bei diesen Kämpfen im Vorderreihen zu stehen, als gerade die Brauereiarbeiter. Sie wird ebenso unter der Erhöhung der Zölle leiden als Konsumenten, wie alle anderen Arbeiter; sie müssen aber auch damit rechnen, daß ihr Arbeitsverhältnis sehr schwer leiden wird unter der schweren Krise, die für die Brauindustrie herandringen muß, als naturgemäße Folge dieser unüberlegten Zollpolitik.

## Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1900.

### I.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat im letzten Jahrzehnt des verfloffenen Jahrhunderts nach kurzem Rückgange einen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, den selbst ihre kühnsten Optimisten nicht erwartet hätten. Zu derselben Zeit, als ihre Mitgliederzahl in Folge der unaufhörlichen Schläge der Wirtschaftskrisis den Tiefstand erreicht hatte, wurde ihr unter Hinweis auf die fortschreitende Konzentration der Industriebetriebe ein baldiges Ende prophezeit, und nicht Wenige blickten damals düster in die Zukunft. Aber vom Aufgebenen gilt das Gleiche wie vom Todtgesagten; sie haben gewöhnlich ein jähes Leben. Auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat die Krisis bald freudig überwunden, und kennzeichnet schon die in den letzten vier Jahren veröffentlichten alljährlichen Statistiken der Generalkommission der Gewerkschaften stetige Fortschritte, so kann auch die in Nr. 34 des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission erschienene Statistik für das Jahr 1900 dieses Gefühl der Befriedigung und des berechtigten Stolzes nur steigern. Hat doch das verfloffene Jahr den modernen Gewerkschaften nicht bloß einen neuen Zuwachs von nahezu 100 000 Mitgliedern gebracht, sondern auch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ganz wesentlich vergrößert. Während im Jahre 1899 in 55 auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbänden 580 473 Mitglieder organisiert waren, berichtet die neueste Statistik für 1900 von 680 427 Mitgliedern in 58 Organisationsformen, und seit dem Jahre 1893, das mit 22 530 Gewerkschaftsmitgliedern den tiefsten Stand aufwies, hat sich die Mitgliederzahl sogar verdreifacht.

Die nachfolgende Tabelle I verdeutlicht diese Entwicklung der Gewerkschaften seit dem Jahre 1891, dem Zeitpunkt der ersten regelmäßigen Statistik. Zum ersten Male können wir auf eine zehnjährige ziffermäßige Uebersicht über die Gewerkschaften zurückblicken. Sie zeigt, wie bereits bekannt, bis zum Jahre 1893 einen Rückgang an Mitgliedern und von da ab einen stetigen Fortschritt der Mitgliederzahl. Im Betriebsjahre betrug die Zunahme 99 954 oder 17,21 Prozent. Die Zahl der Organisationen ist um 3 gestiegen; neu angegeschlossen hat sich der Verband der Rammwearenjuristen (Kürschner), während der Fleischer und Metzgerei erstmalig in der Statistik geführt sind.

Tabelle I.

Jahr	Zentral-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Lokalvereinen		Zusammen	Beitrag der Zentral-Organisationen
				ca.	ca.		
1891	62	277 659	—	10 000	287 659	13 000	—
1892	56	237 094	4355	7640	244 734	29 700	—
1893	51	223 530	5384	6280	229 810	26 526	—
1894	54	246 494	5261	5550	252 044	194	—
1895	53	259 175	6697	10 781	269 956	11 801	—
1896	51	329 230	15 265	5858	335 088	—	—
1897	56	412 359	14 644	6803	419 162	—	—
1898	57	498 742	13 481	17 500	511 242	—	—
1899	55	580 473	19 280	15 946	596 419	—	—
1900	58	680 427	22 844	9860	690 287	—	—

Erreicht ist zwar der seit 1898 stetige Zuwachs an weiblichen Mitgliedern, die sich von 13 481 auf 19 280 und 22 844 vermehrten. Indes ist diese Zahl noch immer äußerst gering gegenüber der großen Zahl unorganisirter Arbeiterinnen, und je mehr die weiblichen Arbeitskräfte Eingang in der Industrie finden und von ihrer Teilnahme an gemeinschaftlichen Bestrebungen die Aktionsfähigkeit der Organisationen abhängig ist, desto dringender erweist es sich als notwendig, die Arbeiterinnen in stärkerem Verhältnis für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der Mitglieder Lokaler Gewerkschaften, soweit sie sich zur modernen Arbeiterbewegung zählen, weist seit dem Vorjahre einen Rückgang von 15 946 auf 9860 auf, in der Hauptsache herbeigeführt durch den Anschluß der Lokalen Handelsreisendenvereine an den Zentralverband dieses Berufs.

Außer diesen Organisationen giebt es noch drei Gruppen von Organisationen gewerkschaftlichen Charakters. Die deutschen (S.-D.) Gewerksvereine zählten im Berichtsjahre 91 661 Mitglieder (gegen 86 777 im Jahre 1899); ihre Zunahme beträgt nur 5,62 Prozent. Die christlichen Gewerkschaften, die zum Entzweien ihrer bürgerlich-geistlichen Begründer und Berater in ihrem Wirken immer gewerkschaftsähnlicher werden, umfassen nach einer von der Generalkommission derselben im Juni d. J. veröffentlichten Statistik in 35 Organisationen 159 770 Mitglieder (gegen 112 160 im Vorjahre). Bei dieser angeblichen Zunahme um 47 610 ist aber zu berücksichtigen, daß diese Statistik zwei im vorigen Jahre als „unabhängig“ gezählte Organisationen umfaßt (Siegerländer S.-D. christlicher Bergarbeiter und Verein oberösterreichischer Arbeiter) mit 10 200 und 15 004 Mitgliedern. Rechnet man daher die tatsächliche Zunahme mit 22—25 000 Mitgliedern, so ist dies angesichts der tiefen Organisationen zu Gebote stehenden Agitationsmittel und der großen Zahl furchtlos beinrückter Arbeiter durchaus kein glänzendes Ergebnis.

Noch weniger bedeutungsvoll erscheinen die christlichen Gewerkschaften, wenn man berücksichtigt, daß nur 78 664 ihrer Mitglieder dem Gesamtverband angehören, während Organisationen mit 81 106 Mitgliedern abseits stehen. Auch zeigen die von diesen Gewerkschaften erhobenen minimalen Beiträge (50 Pf. jährlich im Minimum und 20 Pf. wöchentlich im Maximum), daß den meisten dieser Organisationen die finanzielle Grundlage fehlt. Wirk aber die dort betriebene Agitation für Beitragsverpflichtung erfolgreich und führen die Unternehmer in der Betätigung derselben fort, so wird der Gewerkschaftsgedanke darin fortwährend neue Nahrung erhalten und diese Arbeiterkreise den modernen Gewerkschaften näher führen. Endlich kommen als letzte Gruppe noch jene unabhängig organisierten Organisationen in Betracht, die mehr oder weniger gewerkschaftliche Aufgaben haben. Die Generalkommission ermittelte 21 derselben mit 53 717 Mitgliedern. Die gesamten Gewerkschaften Deutschlands umfassen also die folgenden Gruppen:

Organisationen.	Mitgliederzahl		Prozentverhältnis der Mitgliederzahlen	
	1899	1900	1899	1900
Gewerkschaften, Zentralverbände	580 473	680 427	67,15	68,35
Lokale Vereine	15 946	9860	1,86	1,01
S.-D. Gewerksvereine	86 777	91 661	10,04	9,20
Christl. Gewerkschaften	112 160	159 770	12,97	16,05
Unabhängige Vereine	68 994	53 713	7,98	5,39
Zusammen	864 350	995 435	100,0	100,0

Die Mitgliedsziffern der unabhängigen Vereine sind als Minimalziffern zu betrachten, da über einige Vereine dieser Gruppe die entsprechenden Ziffern pro 1900 nicht zu erlangen waren. Da jedoch die Mitgliederzahl dieser Gruppe sich leicht um 4000 bis 5000 erhöhen könnte, so würden also im Jahre 1900 rund eine Million Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gewesen sein, von denen nahezu  $\frac{1}{10}$  der modernen Arbeiterbewegung angehören. Gegenüber dem Anfang des vorigen Jahrzehnts ein schöner Erfolg. Zwar deuten mehrfache Anzeichen darauf hin, daß im laufenden Jahre eine gleiche Zunahme an Mitgliedern nicht zu erhoffen, sondern ein Stillstand zu verzeichnen sein wird; selbst ein vorübergehender Rückgang ist nicht ganz ausgeschlossen, da am Jahreschlusse 1900 bereits 11 Organisationen einen Mitgliederstand unter dem Jahresdurchschnitt aufwiesen. Doch ist diese Erscheinung nicht mehr so beunruhigend, wie Anfangs der 90er Jahre, da seitdem fast sämtliche Organisationen so weit erparnt und durch innere Einrichtungen befestigt sind, daß eine Mitgliederflucht, wie damals, nicht mehr zu befürchten ist.

Von den einzelnen Zentralverbänden hat der Metallarbeiterverband als erster und einziger die Zahl von 100 000 Mitgliedern überschritten; er zählt 100 762 Mitglieder, selbst keine der englischen Unions vermag ihm eine so hohe Mitgliederziffer zur Seite zu stellen. Ihm folgen die Verbände der Maurer mit 82 964, Holzarbeiter 73 972, Bergarbeiter 36 420, Textilarbeiter 34 333, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 30 847, Buchdrucker 28 838, Zimmerer 25 272, Schuhmacher 19 288, Zabarbeiter 18 500, Bauarbeiter 17 901, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 17 006, Schneider 15 639, Kafentarbeiter 11 414, Braner 11 410, Maler 10 906, Buchbinder 10 447, Steinarbeiter 10 000, Porzellanarbeiter 9280, Former 9153, Glasarbeiter 7101, Köpfer 6831, Lithographen und Steindrucker 5811, Maschinisten und Feiger 5600, Böttcher 5582, Schmiede 5500, Lederarbeiter 4799, Wäcker 4595, Bildhauer 4543, Tapezierer 4437, Steinsetzer 4195, Gemeindebetriebsarbeiter 4030, Sattler 3927, Bergarbeiter 3543, Kapfenrieder 3432, Buchbinder 3425, Dachdecker 3169, Seelener 2898, Glaser 2772, Schmied 2629, Stuckateure 2250, Schiffszimmerer 2009, Wäcker 1596, Sattler 1470, Buchdruckerhilfsarbeiter 1452, Bergarbeiter 1352, Graveure und Zifeure 1189, Zigarrenfabrikanten 1034, Rammwearenjuristen (Kürschner) 900, Konditoren

786, Handlungsgehilfen 750, Barbieren 463, Lagerhalter 436, Bureauangestellte 404, Formstecher 384, Gärtner 358, Fleischer 254 und Metzgerei 179.

Einen Rückgang weisen nur 4 Organisationen auf, nämlich die Barbieren (um 412), Leiharbeiter (570), Stuckateure (500) und Textilarbeiter (3284). Bei den Barbieren trugen Vernachlässigungen in der Zentralverwaltung, bei den Leiharbeitern unglückliche Streiks, bei den Stuckateuren Abspaltungen zu Sondervereinen die Schuld, während die bedeutende Abnahme im Textilarbeiterverbande speziell auf das Konto der wirtschaftlichen Krisis zu setzen ist. Die größten absoluten Zunahmen gegen 1899 weisen die Metallarbeiter (15 749), Holzarbeiter (11 402), Bauarbeiter (8752), Maurer (8429), Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (8276) und Fabrikarbeiter (8255) auf, während proportional am meisten gegen das Vorjahr (gegen die Gasarbeiter (95,72 Proz.), Schmiede (64,17 Proz.), Gemeindebetriebsarbeiter (56,56 Proz.) und Handlungsgehilfen (50 Proz.). Daß die absolute Zunahme der Letzteren nur 250 beträgt, wird ihre Bemühtung über den Fortschritt nicht vermindern, da ihre Organisation mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um die Handlungsgehilfen den gewerkschaftlichen Arbeitergruppen zuzuführen.

Die Organisationsziffern der weiblichen Arbeiter schwanken in den 21 Verbänden, die weibliche Mitglieder aufweisen, zwischen 0,10 Prozent (Handlungsgehilfen und Lagerhalter) und 22,50 Prozent (Buchbinder) der Organisationsfähigen. Den letzteren kommen nur die Schuhmacher (20,31 Prozent), Buchdruckerinnen (12,15 Prozent), Metallarbeiter (11,37 Prozent) und Tapezierer (10,57 Prozent) nahe. Auf dieser Seite der Gewerkschaftsbewegung muß sich noch Vieles bessern, wenn die Teilnahmebereitschaft der Arbeiterinnen nicht die Errungenschaften der Organisationen gefährden soll. Aber wer sich der Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wohl bewußt ist, der wird auch die geringen bisher erzielten Fortschritte nicht unterschätzen. Mögen bessere Erfolge auch noch der zukünftigen Arbeit vorbehalten bleiben, so ist doch in einzelnen Berufen schon die dauernde Grundlage für die weibliche Organisation gewonnen, auf welcher ohne Unterlaß weitergebaut werden kann.

Ebenso erfreulich, wie die Mitgliederzunahme, gestaltet sich auch die finanzielle Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, deren statistischen Ergebnisse in einem zweiten Aufsatze dargestellt werden sollen.

## Korrespondenzen.

**München.** In der Bayerischen Arbeiter-Brauerei sind in neuerer Zeit Dinge vorgekommen, und Uebelstände an der Tagesordnung, die von einer Ansicht der Betriebsleitung, mit den Arbeitern in Frieden zu leben und ihre gerechten Wünsche zu berücksichtigen, nichts erkennen lassen. Seit einigen Monaten ist ein Herr Jensen, reklamantentum von Herrn Brauereibesitzer Jungling in München a. d. Ruhr, im Betriebe, den die Arbeiter auf den Brauereiposten gestellt haben sollen, denn eine anständige Behandlung gegenüber den Leuten sehr zu empfehlen wäre, hat er sich doch erdreistete einen Kollegen ohne jeden Grund zum Komptoir hinauszumerfen. Wir wissen nicht, ob die Herren Direktoren seinen „Muth“ in der Weise zügeln werden, daß er sich in Zukunft einer anständigen Behandlung befleißigt; zu wünschen wäre es jedenfalls. Ferner wurde der Wächtermeister, welcher schon 5 Jahre im Betriebe und schon 3 Sommer bei Tag- und Nachtschicht den Posten vertritt, von seinem Posten abgesetzt und ein Bundesmitglied, Schanz, welcher 1 Jahr im Geschäft ist, auf diesen Posten gestellt. Und doch vertritt die Direktion, es werde kein Unterschied gemacht. Die Ueberstunden wurden in letzter Zeit zahlreich gemacht, aber nicht bezahlt. Bei einem Vorsteher werden erklärte die Direktoren, wir hätten doch i. J. selbst zugegeben, daß wenn Sonntags ein Drittel der Leute frei hat, die anderen zwei Drittel es sich gefallen lassen, länger als 3 Stunden zu arbeiten. Es wurde den Herren aber i. J. sofort erklärt, daß die Arbeit über 3 Stunden als Ueberstunde zu berechnen und zu bezahlen ist. Davon wollen die Herren jetzt nichts wissen. Auch bezüglich verschiedener Mißstände, besonders im Sudhaus, die zur Sprache gebracht wurden, konnte kein Resultat erzielt werden. Die ganze Art des Empfanges und der Behandlung, wie verschleuderte „Liebenswürdigkeiten“ der Kommission gegenüber, zeigen sehr deutlich darauf hin, daß die Direktion alles Andere, nur keine friedliche Verständigung mit ihren Arbeitern haben will, wie auch andererseits aus den Vorkommnissen mit Recht zu schließen ist, daß von gewisser Seite ein bestimmter Plan verfolgt und darauf hingearbeitet wird, durch Bevorzugung gewisser Elemente die Organisation zu schwächen, die Arbeiter zu entzweien, sie wieder, wie vor einer Zeit, ohnmächtig zu machen, damit man mit ihnen schalten und walten kann, wie man will. Ist es an sich traurig, daß sich gewisse Elemente dazu hergeben, so werden wir auf der Hut sein und unsere Interessen zu wahren suchen, mögen die Folgen für die Direktion auch nicht sehr angenehm sein. Was recht und billig ist, soll man den Arbeitern auch lassen.

**Bamberg.** In der Generalversammlung vom 24. August erfolgte die Neuwahl des Vorstandes und wurden gewählt A. Seyfert als 1., G. Schmidt als 2. Vorsitzender, W. Baumer als 1., Sieder als 2. Kassierer, Schüllein als 1., J. Schmidt als 2. Schriftführer, Steder, Bauer und Wolf als Revisoren, Kartellbelegte Kengler, Schmitt und Schleid.

**Berlin.** (Sektion der Hilfsarbeiter.) Die Versammlung vom 1. September beschäftigte sich nach einem Referat Schlegel's über die jetzigen Krisen mit der Abregulierung des Vertrauensmannes auf der Brauerei Böhlow. Nach der Klärstellung des Sachverhalts seitens des Vorsitzenden und des betreffenden Vertrauensmannes habe Letzterer sich bei einer Arbeiterauswahl-Sitzung darüber beschwert, daß er, der schon 4 Jahre im Betriebe und mit 18 Mk. Lohn eingestellt ist, gegenüber den Neueingestellten zurückgesetzt werde, die gleich zu den Arbeiten kommen, wo 22 Mk. bezahlt werden. Man solle die alten Arbeiter auch zu den höher gelohnten Arbeiten zulassen. Darauf wurde er zum Flaschenabsetzer kommandiert. Hierbei habe er nun 1 Liter sogenanntes Reigenbier, welches bei den Flaschen überläuft und über die Hände des Absetzers hinweg in ein Sammelbecken läuft, ausgegossen, wofür er auf Veranlassung des Kellermeisters entlassen wurde. Die Agitations-Kommission wandte sich brieflich an die Betriebsleitung und fand dann auch eine Unterhandlung statt, in Folge dessen der Entlassene am kommenden Montag wieder arbeiten sollte. Gleich darauf theilte aber Herr Braumeister Nietmann der Agitations-Kommission brieflich mit, daß er die Zusage zur Wiedereinstellung nicht aufrecht erhalten könne, da sein Chef, Herr Böhlow, mit dem er Rücksprache genommen, die Entlassung bestehen zu lassen wünsche. Gleichzeitig bemerkte er, daß es nicht 1 Liter, sondern wie festgestellt sei, 4 Liter gutes Bier gewesen sei, welches weggeschüttet wurde. Von Seiten der Kommission wurde geantwortet, daß die Strafe der Entlassung bei vierjähriger Arbeitsdauer wegen eines solchen kleinen Fehlers denn doch zu hoch sei, zumal in verschiedenen (namhaft gemachten) Brauereien das Bier, welches über den Apparat, die Flaschen und Hände des Absetzers läuft, gar nicht aufgefangen werden darf. (Gastwirthe werden wegen Bierpantoffelerei bestraft, wenn sie das Bier, das über die Flaschen und Hände läuft, wieder verwenden. D. R.) Auch sei man der Meinung gewesen, daß der Braumeister zu einem endgültigen Abschluß berechtigt war und es das erste Mal gewesen sei, daß der Kommission ein gegebenes Versprechen nicht gehalten wurde. Der Braumeister antwortete, daß er seinen „guten Willen“

gezeigt habe, sich jedoch unbedingt dem Willen des Chefs fügen müsse, der nach einer noch maligen Rücksprache auf seinem Standpunkt verharre. (Es ist sonderbar, daß Herr Bölow durch sein Nachtgebot den Braumeister zwang, sein Wort zu brechen. D. M.) Der Herr Braumeister habe wohl der Kommission gegenüber geäußert, daß er seine, sowie seiner untergebenen Vorgesetzten Autorität unter allen Umständen im wahren Sinne, einem Chej gegenüber hat er dieses leider nicht — vermocht. Doch ist das Bierwegschütten sicher auch nur ein gesuchter Entlassungsgrund; der wirkliche war wohl die Thätigkeit für die Organisation; auf diese den Braumeister vorgelegte Frage reagierte er gar nicht bei der Unterhandlung. Zu dieser Angelegenheit wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute bei Stöcher tagende Mitglieder-Versammlung der Sektion II Berlin des deutschen Brauereiarbeiter-Verbandes erklärt nach Klarstellung der Sachlage und Bekanntgabe des betreffenden Briefwechsels, daß der Vertrauensmann Rost vor der Brauerei Julius Bölow gemacht worden ist. Der Sektionsvorstand wird beauftragt, dem Hauptvorstand die Angelegenheit vorzulegen und die Agitationskommission aufzufordern, weitere Schritte zu veranlassen.“ Unter „Verschiedenes“ machte der Vorsitzende nochmals darauf aufmerksam, daß sich Jeder bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sofort im Bureau, Rüdigerdorferstr. 11, bei Neumann zu melden hat, wenn er seiner Rechte nicht verlustig gehen will. Gleichfalls wurde noch folgender Antrag angenommen: „In Anbetracht dessen, daß wir unsere Sektion nur durch das Vertrauensmännersystem fortreiben und besser weiterleiten können, zu beschließen, die Vertrauensmänner bei jeder Sitzung mit 50 Pf. zu vergüten“, nachdem noch vorher erwähnt wurde, daß das Geld hierzu aus der Vorkasse genommen werden muß.

**Wochum.** Die Versammlung vom 1. September war ziemlich gut besucht. Ein Kollege ließ sich ausrechnen, zwei umschreiben. Beim Kartellbericht, den Kollege N. erstattete, wurde der Streit der Glasarbeiter und der Nordhäuser Labararbeiter erwähnt und beschlossen, für dieselben Sammellisten auszugeben. Um die zwei verheirateten, noch arbeitslosen Kollegen M. u. S. von Geld zu unterstützen, wurde beschlossen, pro Mitglied und Woche 25 Pf. zu erheben. Sodann wurde beschlossen, am Sonntag, den 15. September, einen Ausflug nach Dülmen zu machen, um die dortigen Kollegen für den Verband zu gewinnen. Ferner wurde noch auf das Gausfest in Elberfeld hingewiesen und die Kollegen zur regen Theilnahme daran aufgefordert.

**Braunschweig.** Die Versammlung vom 3. September war etwas besser besucht wie im Allgemeinen. Es sind aber immer dieselben Kollegen, welche durch Abwesenheit glänzen. Besonders die vom Hofbrauhaus, wo die Verhältnisse die schlechtesten sind, halten es nicht für nötig, sich zu organisieren. Nicht einmal alle Organisirten kommen in die Versammlung. Ein Kollege wurde aufgenommen. Kollege Grobe gab den Bericht vom Gewerkschaftsartikel, welchen er nochmals die Stellung der Ringbrauereien zu unseren Forderungen unterbreitet hatte. Er machte bekannt, daß sich das Kartell sehr wenig für uns interessire, und gar nicht für uns eintreten zu können erklärte, bevor wir nicht besser organisiert sind. Kollege Kopyl stellte den Antrag, daß wir uns mit dem Bundesverein in Verbindung setzen und gemeinsam unsere Forderungen einreichen, und wurde beschlossen, der Vorsitzende soll mit dem Vorstand vom Bundesverein diese Angelegenheit besprechen. Beschlüssen wurde ferner, eine Präsenzliste anzufertigen und bei jeder Versammlung die Versammlungs-Schwänzer zu vermerken.

**Breslau.** Dem Denunzianten aus Breslau und Besuchen „Verbandssticker“ in der „Bundeszeitung“ können wir es in keiner Weise recht machen. Wir mögen schreiben, was wir wollen, immer hat er seinen gewaltigen Vexer. Nun, er mag wohl auch Ursache dazu haben. Aus der letzten „Bundeszeitung“ erfahren wir auch, daß diesem betreffenden „Kollegen“ auch das Sprichwort bekannt ist: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Das mag er sich ja recht oft wiederholen, dann wird er sich endlich selbst erkennen, und Selbstkenntniß soll ja der erste Weg zur Besserung sein. Denn gegen die gemeinen und hinterlistigen Angriffe, gegen die systematische Unterdrückung der Organisation haben wir uns gewehrt und daraufhin wurde von Seiten jenes „ehrenwerten“ Herrn ohne Ursache, lediglich um seiner Lust zur Denunziation zu genügen und auch gleichzeitig die organisierten Kollegen zu schädigen, das Geschäft des „Lumpen“ — nach seinen eigenen Worten — allerdings nach alter Gewohnheit, betrieben. Jener „ehrenwerte“ Kollege glaubt das Recht der Denunziation für sich allein in Anspruch nehmen zu dürfen — um Anderen ohne Grund, lediglich, seinem Haß gegen den Verband und seinem „ehrenwerten“ Charakter entspringend, zu schaden; wir nehmen das Recht auch für uns in Anspruch — in der Abwehr gegen Alle, die uns als Organisirte in dieser gemeinen und niederträchtigen Weise schaden wollen. Der „ehrenwerte“ Kollege bewirkt unsere Angaben nach seinen Denunziationen. Wir können für unsere Angaben mit ehelichen Gesichte einsehen, dort muß man sich — endlich, wenn auch gezwungen, seiner Thaten schämen. Man schämt sich endlich der Streiberechlieferung. Wirklich? O nein, man muß sich nur schämen, weil die Streiberechlieferung offenkundig ist. Im Grunde des Herzens thut man's sicher gerne immer wieder, sobald man den Verbandskollegen, welche nach besseren Verhältnissen streben, schaden kann. Das ist ein schmutziges Geschäft, noch schmutziger ist aber, wenn man dann die Verhältnisse der Ehrlösigkeit zeigt, zu der man sie verleitet hat. In der „Bundeszeitung“ heißt es: „Wenn jedoch irrtümlicherweise Streiberecher von diesem (gemeint ist der Vorsitzende des Breslauer Vereins) verhandelt worden sind, so geschah dies aus Unkenntniß, weil er nicht wußte, daß dort ein Streik stattfand. Ehrensache wäre es gewesen von solchen, sobald sie es erfahren, die Arbeit nicht anzunehmen.“... Ah! Also wenn man die „Ehrensache“ außer Acht läßt, handelt man nach den Worten dieses „ehrenwerten“ Kollegen doch ehrlos, das ist die logische Schlußfolgerung. Kollege Englisch, der Vorsitzende des Bundesvereins, müge sich mit diesem „ehrenwerten“ Kollegen abfinden, denn derselbe hat in genauer Kenntniß, daß ein Streik stattfand, Streiberechlieferung dienste geleistet; was wir ihm, wenn er Lust hat, gerichtlich beweisen werden. Allerdings kann er sich damit trösten, er steht damit im „Wund der Brauereigenossen“ nicht allein als solcher da. Noch eins hätten wir gern erfahren: wer den hundertmaligen Artikel 3. in der „Bundeszeitung“ geschrieben hat, worin die Breslauer Arbeiterbeschuldlos, wenn auch indirekt, so doch allzu deutlich, aufgefordert werden, die Verbandsmitglieder zu maßregeln, und wie man diese „Ehrensache“ mit dem Charakter eines anständigen Menschen in Einklang bringen kann. Das andere Gewäsch nach Kinderart, die Prügel bekommen haben, werden wir dem „ehrenwerten“ Kollegen vorläufig schenken, bis das noch „viel mehr und besser“ kommt. Inzwischen mögen die Breslauer Bundeskollegen ihre Selben ob ihrer glorreichen „Ehrensache“ glückwünschen.

**Frauenau bei Gellang.** In der Brauerei S. Horn wird wöchentlich 4 Mk. Lohn bezahlt, nebst Kost. Lohn wird aber nur auf Verlangen gezahlt. Da passierte es denn einem Kollegen, der bei seinem Abgange nach 1/2-jähriger Thätigkeit noch 60 Mk. zu fordern hatte, daß er nur 33 Mk. erhielt mit der Motivierung, er wäre mit drei Mark wöchentlich eingestellt. Kommentar überflüssig!

**Galze.** (Sektion der Brauereiarbeiter und Bierfahrer.) In der Versammlung vom 1. September berichtete Kollege B. über die Konferenz der Krankenkassen und erläuterte dann die auf dem Reichsanfertiger zu Tage getretenen Meinungen über die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in der von Prof. Abbe geleiteten optischen Fabrik in Jena und in der Stahlblechfabrik von Zeitz u. Wankers in Berlin habe den Beweis erbracht, daß dieses sehr wohl möglich ist und ein verständiges Zusammenarbeiten beiderseits zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber für beide Theile gute Früchte trägt. Unter „Verschiedenes“ wurden den Ratschern empfohlen, die Polizeistrafen zu notiren. Beschlüssen wurde, die Präsenzliste einzuführen, um die Versammlungsschwänzer besser zu kontrolliren. Ein Vorschlag für die Nothwendigkeit ist, daß die Gütlichen Ratscher sich einen Vormund angenommen haben, der für sie zu sprechen hat und die Unregelmäßigkeiten auf diese Weise das Licht der Welt erblicken. — Das Konfessionsrecht haben die Arbeiter der Aktien-Brauerei — auf der Straße. — Auch wurde vor den sauberen Ratschern (Fall Mühl) gewarnt. — Um nicht in Vergessenheit zu kommen, hat sich der „bessere“ Arbeiter der Morrel'schen Flaschenbierabtheilung wieder etwas seinem Verstande Entsprechendes geleistet. Drei Arbeiter waren entlassen worden und fragten nach der Ursache der Entlassung. Der „bessere“ Arbeiter, Fischer ist sein Name, hielt es nicht für notwendig, die Frage zu beantworten, sondern drohte mit der Peitsche in der Hand, abgesehen von den Schimpfwörtern, die zu hören. Dem Manne wird eine Ehrenpeitsche gestiftet. — Zu Gunsten der bisherigen Vertreter beim Gewerbegericht wird von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abgesehen. — Ueber die Anpassungen seitens des Transportarbeiterverbandes wird zur Tagesordnung übergegangen.

**Samn.** In der Versammlung vom 1. September wurde ein Kollege aufgenommen und einer umgeschrieben. Nach dem dann folgenden Kartellbericht soll zur Deckung der Kosten von dem Gewerbegerichtswahl jede Gewerkschaft 3 Mark bezahlen, welche bewilligt wurden. Die Abrechnung vom Stichtagsfest ergab ein Defizit von 965 Mk., welches zu zwei Dritteln von uns und zu einem Drittel von den Ratschern getragen wird. Die Revisoren berichteten, daß sie bei einer unverhofften Revision Alles in Ordnung gefunden hätten, nur 1 Mitglied ist schon 7 Monate rückständig und findet es nicht mehr nötig, seine Beiträge zu bezahlen. Wie aus den Angaben des Kassiers hervorgeht, geht der Kollege nur darauf aus, den Verband auszunutzen. Bezahlt hat er bis jetzt 21 Mark, an Unterstützung erhalten 14 Mark aus der Vorkasse und 45 Mark aus der Verbandskasse, zusammen 59 Mark. Sein Name ist Jungfermann, Brauerei Mark. Derselbe wurde einstimmig ausgeschlossen und empfohlen wir allen Kollegen, ihm die gebührende Achtung entgegen zu bringen. Beschlüssen wurde, daß alle Mitglieder ihre Beiträge an die für die betr. Brauerei oder für den betr. Ort gewählten Vertrauensleute zu entrichten haben zwecks besserer Kontrolle. Diejenigen, welche 3 Monate im Rückstande sind, werden in der Versammlung veröffentlicht. Die nächste Generalversammlung am 6. Oktober soll um 2 Uhr beginnen, damit auch die auswärtigen Mitglieder von Anfang an daran theilnehmen können.

**Hannau.** Die Versammlung vom 4. September beschäftigte sich mit der Maßregelung des Kollegen S. in der Brauerei Nikolai. Kollege Döbler wurde als 1. Vorsitzender gewählt. Wegen der Maßregelung wurde die Brauerei Nikolai einer scharfen Kritik unterzogen. Dasselbe wurde Kollege S. wegen einer kleinen Sachbeschädigung, begangen an einer Eisgabel, sofort entlassen. Wir erachteten dies als eine Maßregelung, es wurde sogleich in einer Vorstandssitzung im Beisein des Vertrauensmannes vom Kartell eine Kommission gewählt, die beim Generaldirektor Herrn Nikolai vorstellig wurde. Herr Nikolai erklärte, daß er S. auf 4 Wochen entlassend wolle, in Anbetracht dessen, daß er Frau und 7 Kinder hat, was er zuvor gar nicht gemußt hätte, aber einstellen könnte er ihn unter seiner Bedingung mehr, da doch sein Sohn, der Direktor Nikolai, die Entlassung ausgesprochen, der doch Reserve-Deputant ist und dadurch an seiner Ehre verkehrt würde, wenn er ihn wieder einstellen wollte. Wir sollten einfach sehen, ob wir ihn nicht in Frankfurt unterbringen könnten, wo das Gewerkschaftshaus sein Bier bezieht. Jede weitere Unterhandlung von Seiten des Kartells lehnte Herr Nikolai rundweg ab, indem er auf den „Ring“ verwies; wenn wir was wollten, müßten wir uns nach Frankfurt wenden. Verschiedene Dinge wurden noch ans Licht gezogen, zum Beispiel: Vor Kurzem liehen die Bundesgenossen einen Böttich Bier weglaufen, und die Sache wurde vertuscht. S. dagegen, der schon 18 Jahre in dem Betriebe seine Gesundheit und seine Knochen aufgerieben und jetzt ausgepreßt wie eine Zitrone ist, wurde wegen einer kleinen Sachbeschädigung entlassen. Wir verdammen eine solche Handlungsweise von Seiten des Herrn Nikolai, indem doch hauptsächlich auch im Saalbau sein Bier von organisierten Arbeitern getrunken wird, aber zur Arbeit kann man Letztere nicht gebrauchen. Alsdann wurden noch die Sammellisten verlesen und aufgefordert, den Kollegen S. noch weiter zu unterstützen.

**Komotau (Böhmen).** Am 4. August hat in Roman's Gasthaus hierseits eine Versammlung der Kollegen der umliegenden Brauereien stattgefunden. Der Besuch war ein unerwarteter. Von Seiten der Gewerkschaft wurde Koll. Guppert zu dieser Versammlung delegirt. Guppert referirte in deutscher Sprache, während Lujser aus Lepitz tschechisch sprach. Mit dem Verlaufe der Versammlung können wir vollkommen zufrieden sein. Die Stimmung, die da herrschte, giebt zu der Hoffnung Anlaß, daß alle Anwesenden mit verdoppelter Kraft an dem Ausbau einer kräftigen Organisation arbeiten werden. Die Verhältnisse, unter denen unsere Kollegen dort leben und schaffen, sind derart schlecht, daß es die höchste Zeit wäre, vermittelst einer starken Organisation in den einzelnen Brauereien Maßnahmen Ordnung zu machen. Es giebt in keiner dieser Brauereien eine geregelte Arbeitszeit, die Befandlung von Seiten der Vorgesetzten spottet jeder Beschreibung. In einer Brauerei geht der Kellermeister immer mit einem Revolver im Saal herum. Der Monatslohn varirt zwischen 30 und 35 fl. In der Brauerei Oberndorf bei Komotau werden jedem Arbeiter bei der ersten Auszahlung 7 fl. zurückgehalten, welche der Betreffende erst beim eventuellen Austritt zurückerhält. Was mit dem Gelde geschieht, darüber konnte keiner der Kollegen Auskunft geben. Die Auszahlung wird sehr unregelmäßig vorgenommen, manchmal erst am 1. erst am 6. und 7. des Monats. Die Wohnungen in den Brauereien sind wahre Schweinehöhlen, für das Bettmachen und angeblühte. Reinigen müssen die Brauer 1 fl., die Zahnhänder 50 kr. monatlich zahlen. Auf den Betten sind keine Decken. Wenn man beim gnädigen Herrn Braumeister vor spricht und eine Decke verlangt, bekommt man den wohlgerathenen Rath, sich eine Decke zu kaufen. Die Arbeitszeit dauert von 3 Uhr früh bis 7 Uhr Abends, im Schichtlohn von 1 Nacht bis 5 Uhr Abends. Die Zustände sind also miserabel. Wollen die Brauereiarbeiter, daß es anders werde, müssen sie vor Allem ihren Kassenheiß bei Seite lassen, sie sehen ja, wie weit sie es mit der Zukunft gebracht haben. Die versammelten Kollegen beschließen, aus der dort bestehenden Zahlstelle eine Ortsgruppe zu konstituiren. Es wurden auch bereits die Männer gewählt, welche die Ortsgruppe zu leiten haben werden.

**Krefeld.** In der am 2. September stattgefundenen Versammlung wurde wieder über eine ungerichte Entlassung und zwar über die des Kollegen Fenzl von der Rhénania-Brauerei berichtet. Dem dortigen Braumeister scheint der Verband auch ein Dorn im Auge zu sein. Als der betreffende Kollege eines Morgens eine Viertelstunde später zur Arbeit erschien, wurde

er vom Braumeister mit dem Bescheid entlassen, er könne solche Leute nicht gebrauchen. Wenn aber Abends länger, bis 8, ja bis 8 1/2 Uhr gearbeitet wird, wofür nichts vergütet wird, davon spricht der Herr Braumeister nicht. Beim Vorstelligwerden einer Kommission deckte der Braumeister die Arbeitsverhältnisse von früher auf, wo nach seiner Angabe die Arbeitszeit um 2 Uhr Nachts mit einem Kippensloß begonnen und bis spät Abends gebauert habe und wofür nicht so viel bezahlt worden sei. Nach längerer Verhandlung gab sich die Kommission mit der Auszahlung der 14tägigen Entschädigung zufrieden, da der betreffende Kollege doch nicht wieder eingestellt werden wollte. Eins aber möchten wir dem Braumeister doch noch sagen, daß er in Zukunft, wenn er so pünktlich mit dem Anfangen ist, auch so pünktlich mit dem Aufhören sein muß, widrigenfalls könnte er noch Weiteres von uns hören. Den Kollegen Krefelds mag dieses eine Mahnung sein, sich dem Verbands anzuschließen.

**Leipzig.** In der am Sonntag, den 1. September, in „Stadt Hannover“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt an Stelle des nicht erschienenen Kollegen Richter-Berlin Kollege Stöcklein-Beipzig einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Arbeitsnachweise“, und schloß seinen beifällig aufgenommenen Vortrag mit dem Wunsch, daß auch die Leipziger Brauereiarbeiter von uns geforderten Arbeitsnachweis zum Wohle und Nutzen beider Theile errichten möchten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die öffentliche Versammlung der Brauer und Berufsgenossen von Leipzig und Umgebung beehart auf der bereits vor Jahresfrist an den Verband der Brauereien gestellten Forderung auf Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises, der allen Berufsgenossen, gleichviel welcher politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung sie angehören, zur Verfügung zu stellen ist. Sie erachtet den geforderten Arbeitsnachweis für eine den Verhältnissen angemessene, notwendige Institution, durch die das Privilegium der „Bundesgenossen“ aufgehoben und eine gerechtere Vertheilung der Arbeitsgelegenheit unter den Berufsangehörigen beider Richtungen ermöglicht wird. Die Versammlung erklärt, für die Anerkennung der Forderung mit allen gesetzlich zulässigen und geeigneten Mitteln einzutreten und erwartet vom Verbands der Brauereien, daß seine bisher gegen die Einführung des Arbeitsnachweises geltend gemachten kleinlichen und einseitigen Gründe einer objektiveren Beurtheilung Platz machen, wozu die wiederholt nachgesuchte, aber stets abgeschlagene mündliche Auseinandersetzung nur beitragen würde.“ Ferner wurde beschlossen, Material zu sammeln, damit es die Agitations-Kommission zur geeigneten Zeit verwenden kann.

**Mainz.** In der Versammlung vom 16. August erörterte Aebeling die letzte Lohnbewegung, wo die Kollegen ohne Kampf Verbesserungen erzielt haben, und erinnerte an das Jahr 1897, wo den Kollegen die Koffer vor die Thüre gestellt wurden. Heute würden sich wohl die Herren Direktoren bestimmen, ein Gleiches zu thun. Es hätte hier mehr erzielt werden können, wenn nicht so viele Kollegen im dunklen Winkel gestanden und zugehört hätten. Wenn sämmtliche Kollegen einig und geschlossen zur Organisation halten, dann werden wir auch bald auf die Höhe kommen wie in anderen Städten. In der Diskussion fand es auch der Exrevolutionär Zoller wieder für gut, sich zu klammern. Beschwerden wurden wieder über die Schöfferhof-Brauerei geführt, wo ein organisirter Kollege entlassen wurde, weil er einen Kollegen mit „Loblschlag“ bedroht haben soll. Ob es auf Wahrheit beruht, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben, da der Entlassene gegen die Brauerei Klage erhoben hat.

**Neustadt a. S.** Die „saubere“ Behandlung von Seiten des Herrn Braumeisters Wösch gegenüber den Kollegen ändert sich immer noch nicht. Auch sieht er sehr darauf, daß möglichst keine Verbandskollegen ins Geschäft kommen. Er bezieht seine Leute aus ganz anderer Gegenden, wobei es aber doch manchmal passiert, daß sie nicht kommen wie er sie wünscht, und an die er nicht immer hinschreiben kann wie zu einem, Dohsen. Für das Personal, das der Braumeister kommandirt wären Schwerhörige am besten geeignet, weil ein normaler Mensch, der in seiner Nähe ist, bis zum Abend den Kopf so voll bekommt, daß er froh ist, wann er den Braumeister nicht mehr hört. Für die Neustädter Kollegen werden auch noch einmal andere Zeiten kommen, und Herr Wösch möchte eine kleine Milderung an Rheinfelden machen. Den Kollegen wäre aber zu rathen, sich alleammt der Organisation anzuschließen, dann könnten wir auch die Mißstände beseitigen.

**Stuttgart.** Am Sonnabend, den 24. August, tagte im Gasthaus „Zum Hirsch“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, welche recht zahlreich besucht war. Ueber die Aufgaben der Organisation in Zeiten der Krise, mit besonderer Berücksichtigung unseres Berufes“ referirte Ludwig, und führte der Versammlung die heutigen Zustände in der deutschen Industrie, deren Ein- und Auswurf, sowie die Entwicklungsgeschichte der bedeutendsten Aktiengesellschaften Deutschlands vom Jahre 1893 an bis 1899 vor Augen, in welchem Jahre auch die deutsche Industrie sammt Großkapitalismus aufs Höchste floriert habe. Nun aber sei sie auf einmal ins Stoden gerathen. Die Ursache der gegenwärtigen Krise sei hauptsächlich in dem sich immer mehr ausdehnenden Militarismus, dem sädäpfrkanischen Kriege, sowie dem chinesischen Abenteuer zu suchen, da der Ubiß gerade nach jenen Ländern hin unterbrochen worden ist und vielleicht gänzlich unterbrochen bleibt, wenn die neuen, hohen Zölle, wie sie in allernächster Zeit dem Reichstag zur Annahme vorgelegt werden, durchgehen. Da aber durch die Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung unseres Zollwesens eine Arbeitslosigkeit eingetreten ist, wodurch bei den Arbeitern Arbeitslosigkeit und Elend sich von Tag zu Tag mehren, Zustände, die noch verschlimmert würden, wenn die hohen Zölle durchgingen und dadurch für die gesamte deutsche Arbeitererschaft sämmtliche Lebensmittel um 15 bis 20 Prozent verteuert würden, so seien die Arbeiter gezwungen, aufs Energischste dagegen zu protestiren. Zugleich würde aber auch die gesamte Brauindustrie durch die Zollerhöhung stark geschädigt, und die Folgen hieroon würden wieder auf den Arbeiter entfallen. Ferner aber werde zu Zeiten der Krise vom Unternehmertum gewöhnlich eine Auslese unter den Arbeitern gehalten, um die unlieblichen Kräfte zu entfernen, und auf Plaster zu setzen. Um solchen Uebeln abzuwehren, sollte die Organisation sich nach innen mehr ausbauen, um derartigen Vorwommnissen vorzubeugen. Der Referent erwähnte die anwesenden Kollegen, sich mit einander solidarisch zu erklären, um bei eintretender Geschäftsflaute sich gegenseitig dadurch zu unterstützen, daß ein Jeder abwechselungsweise in Urlaub gehen solle, damit der Einzelne vom gänzlichen Ausgestellensein nicht so schwer getroffen wird und auch wieder Gelegenheit bekommt, weiter zu arbeiten. Hierauf wurde die folgende Resolution angenommen:

„Die heutige öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung erblickt in den geplanten Zollerhöhungen eine schwere Schädigung der Brauindustrie, ganz besonders aber für die in derselben beschäftigten Arbeiter. Die Unsicherheit über die zukünftige Gestaltung unseres Zollwesens ist mit ein Grund der gegenwärtigen Geschäftsflaute, welche bei Annahme der veränderten hohen Zölle sich geradezu zur Katastrophe auswachen würde. Die Versammlung protestirt aufs Entschiedenste gegen die durch

Verheuerung der Lebensmittel geplante Verschlechterung der Lage vieler Tausend Arbeiter und verlangt, daß Alles ausgeboten wird, die gegenwärtige Krise zu mildern und zu beheben.

Im den Verein der Brauereien Stuttgart und Umgebung richtet die Versammlung das Ersuchen, bei dem eintretenden schlechten Geschäftsgang verheiratete Arbeiter zu berücksichtigen und etwaige Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Zu diesem Zweck sind die Arbeiter gewillt, nötigenfalls adreßwechselungsweise auszugehen, wodurch die Härte der Arbeitslosigkeit für die Einzelnen gemildert würde. Die Versammlung hofft, daß die Unternehmer diesen Vorschlag acceptiren und in unparteiischer Weise anwenden.

Unter Verschlebung wurden einige Klagen über eine Brauerei laut, mit welcher sich die nächste Versammlung näher beschäftigen wird. — Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende noch die Versammlung, daß ein Jeder sich in die Petitionsbogen gegen den Zollwucher einzutragen solle.

Wien. In der Brauerei Jellsee treibt ein Kellermeister Muth sein Wesen. Dieser Herr betreibt die Ausbeutung in einem solchen Maße, daß den Arbeitern nicht einmal Zeit übrig bleibt, ein Stück Brot zu essen, trotz der langen Arbeitszeit, wie sie dort üblich ist. Wir können gar nicht glauben, daß Herr Dengler (Wesiger) Alles, was sich seine Vorbereitungen gegenüber den Arbeitern erlauben, gutheißen kann, zumal Herr Dengler vor ganz kurzer Zeit bei einer Verhandlung mit unserem Vertrauensmann der Gewerkschaft und der organisierten Arbeiterchaft Floriszor eine sehr loyale Erklärung abgegeben hat. Ein würdiger Helfershelfer des Muth ist ein Herr Jos. Reiblinger. Wir verlangen daher von Herrn Dengler, daß Lebens- und Gesundheit der Arbeiter gefährdet, beseitigt werden, und daß das brutale Benehmen der Vorbereitungen gegenüber ihren Untergebenen abgestellt werde. Die Brauereiarbeiter fühlen sich als Menschen und wollen als solche behandelt werden. Auch müssen wir Herrn Dengler ersuchen, Arbeiter nicht bis zur Bewußtlosigkeit anzunehmen, dann werden Unfälle, wie der in jüngster Zeit vorgekommene, welcher leicht einen tödlichen Ausgang hätte nehmen können, nicht vorkommen. Was wir von der Brauerei unternehmung Jellsee und vor Allem von Herrn Dengler erwarten, ist, daß Zustände, welche für die beschäftigten Arbeiter Mitleid und Gefahr bringen, abgeschafft werden.

Zwickau. Kommen den Sonntag findet Nachmittags präzis 2 Uhr im Restaurant „Belvedere“ nach längerer Pause wieder eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt, zu der wir nicht nur die Kollegen der Zahlstelle Zwickau, sondern auch der umliegenden Orte Burkhardtsch, Crimmitschau, Glaucha, Kirchberg, Delitzsch i. B., Reichensbach, Rodewisch, Bernsdorf freundlichst einladen. Es ist für die Brauereiarbeiter in den Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen geradezu Lebensbedingung, ihrer Organisation anzugehören, die sie schützt in den verschiedensten unangenehmen Lebenslagen, die ihnen einen kräftigen Rückhalt bietet gegenüber den oft unverschämten Anmaßungen irgend eines Brauereipalastes. Wir weisen dabei nur auf das gerade eskalante Beispiel der Herren Brauereibesitzer Brüder Schmidt in Rodewisch hin, die, namentlich Herr Otto Schmidt, ihren Arbeitern sogar das gesetzliche gewöhnliche Recht der Koalitionsfreiheit rauben und die Kollegen, die in den Verdacht gerathen, dem Verbands anzugehören, rückwärts auf die Straße werfen, ohne daß diese Gewaltmaßregeln den Anschluß wieder neuorganisierter Kollegen hindern könnten. Dazu ist selbst Herr Otto Schmidt zu ohnmächtig und wir haben nur ein mitleidiges Lächeln für seine kampflose Demissionen. — In die Verbandskollegen richten wir aber auch den Appell, ihren Pflichten dem Verbands gegenüber treu und pünktlich nachzukommen, namentlich in puncto Beitragsentrichtung, denn in letzter Zeit hat eine Verlobung in dieser Beziehung Platz gegriffen, die zu ganz falschen Schlüssen führen könnte, wenn sich die Verwaltung nicht bewußt wäre, die Kollegen stets auf ihre Pflichten hingewiesen zu haben. Aber auch sonst möchten wir daran erinnern, daß es für manche Kollegen gut ist, sich auch in persönlicher Beziehung in und außer der Brauerei so zu benehmen, wie man es von organisierten Arbeitern erwarten darf. Wir dürfen wohl hoffen, diesen Wink für die Zukunft beherzigt zu sehen. Am 15. September, Nachmittags 2 Uhr, alle Mann ins „Belvedere“.

### Bewegungen im Verne.

† Celle. In einer am Donnerstag, den 29. August, im „Stadttheater“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung erlatete Kollege Brandt-Jannover den Bericht der Kommission betreffs der Brauerei Schilling. Die Kommission sei in zuvorkommendster Weise von Herrn Dr. Schilling empfangen worden und sei das Resultat die Wiederreinstellung der beiden entlassenen Arbeiter. Die Unterhandlung ergab, daß die Leitung der Brauerei gar keine Kenntnis gehabt hat von dem unelblichen Arbeitsverhältnis unter dem Herrn Maschinenmeister Mehn, sowie von dem Austreten gegen seine Untergebenen. Herr Dr. Schilling habe deshalb angefragt, Abhilfe zu schaffen. Ebenso wurde von Herrn Dr. Schilling versprochen, baldigt die Anfertigung einer Arbeitsordnung zu veranlassen. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen und die Versicherung gegeben, daß seitens der Brauerei Schilling Alles daran gesetzt werden würde, mit ihren Arbeitern in zufriedenstellender Weise auszukommen. Hervorgehoben wurde vom Referenten, daß die Brauereiarbeiter aus diesem Vorkommniß gelernt hätten, was sie einer guten Organisation zu verdanken haben, und so sei es denn nurmehr ihre Pflicht, dieselbe in jeder Weise weiter zu verfestigen und zu verstärken. Aber auch die übrige Arbeiterschaft Celles habe durch ihr energisches Eingreifen und ihre Solidarität dazu beigetragen. Die Brauereiarbeiter von Celle sollten daraus lernen, daß sie immer mehr und enger als bisher mit den übrigen Arbeitern Fühlung nehmen müßten.

† Duisburg. In der öffentlichen Volksversammlung am 4. September wurde nach einem Vortrage von Kunisch-Düsseldorf Bericht über die Differenzen in der Brauerei Schrempfer erlatet. Die Firma Schrempfer habe zum Folgenden zugesagt: Instandsetzung eines wohnbaren Schälenders, Errichtung eines Wasch- und Baderraumes, Anfangslohn 95 Mark, nach 1/2 Jahr 100 Mark (früher 90 Mark ohne Verbesserung). Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr mit 1/2 Stunden Frühstück- und 1/2stündiger Mittagspause (früher von 6 bis 7 Uhr unter Zufuß von 1/2 Stunde Besper). Die Versammlung erklärte sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden und hob den Boykott über die Brauerei Schrempfer auf, welche in Zukunft Derartigem wohl vermeiden wird. Bei irgend welchen Vorkommnissen, die gegen die Vereinbarungen verstoßen, wurden die Antrahort Kollegen aufgefordert, sich vertrauensvoll an die Zahlstelle Duisburg zu wenden. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den freien, gewählten und gewählten Gewerkschaften für ihre Unterstützung in dem 11wöchentlichen Kampfe und erklärte, daß auch wir im Falle eines Kampfes unsere Unterstützung nicht verjagen würden.

† Köln. In einer am Dienstag stattgefundenen Arbeiterversammlung erlatete die Kommission Bericht über den Boykott der Brauerei Winter und über die Ursachen, die zu demselben führten. In der Versammlung war auch eine Anzahl Winter'scher Angestellter erschienen, von denen einige das Wort nahmen und erklärten, daß sie die Unterdrückung ohne jeden Zwang unter das Jochen von der Brauereileitung vorgelegte Schriftstück gegeben hätten. Einer der Letzte ließ aber in

seinen eigenen Ausführungen erkennen, daß er die Unterdrückung ohne vorherige Prüfung, rein aus Mache gegen die Gewerkschaften gegeben hat. Arbeitersekretär Dostinger nagelte den Mann darauf fest. Im Uebrigen wies er die Brauer auf das Verderbliche ihres Thuns hin; anstatt einig in einer einigigen Organisation sich zusammenzutun, um an den gerade in den Brauereien in so hohem Maße vorhandenen Missethänden zu arbeiten, reibe und bekämpfe man sich gegenseitig. Kein einziger der hier erschienenen Gesellen habe sagen können, daß der Kommissionsbericht unrichtig sei. Es habe sich gezeigt, daß die Winter'schen Arbeiter das Schriftstück ohne nähere Prüfung unterzeichneten. Es sei ja hinlänglich bekannt, wie solche Unterdrückungen zu Stande kommen. Daß den Gewerkschaften Unrecht geschähe, gehe unzweifelhaft daraus hervor, daß die Mehrzahl der Kollegen trotz der Unwissenheit der Vorgesetzten für die Wiebereinstellung stimmte. Man werde einem Unternehmer nie einen Vorwurf machen, wenn er berechtigige Entlassungen vornehme; hier aber solle mit fadenscheinigen Gründen eine Maßregelung verschleiert werden. — Unter den in der Versammlung erschienenen Deuten waren auch der Augustfischer, der Stallmeister, ein Stellmacher, ein Installateur, drei Schmiede, der Maschinenmeister und Maschinen Winter's, also Personen, die von den Dingen, um die es sich handelt, keine Ahnung haben. Wie weit die Unverschämtheit zu gehen im Stande ist, zeigte der „Kollege“ Bonze. Er nahm das Wort und erklärte, er sei schon in 26 Geschäften (W) gewesen, habe es aber noch nie so schön gehabt wie jetzt bei Winter; die beiden Brauer seien mit Recht entlassen worden. Durch einen der folgenden Redner wurde nun festgestellt, daß dieser „Kollege“ Bonze erst seit 2 in 6 bis 3 Wochen in der Winter'schen Brauerei beschäftigt ist, daß die Entlassung der Gewerkschaften aber schon vor sechs Wochen erfolgte. Dieser Vorfall kennzeichnet zugleich den Werth der Unterdrückungen. Wir glauben gerne, daß solche Leute ihre Unterdrückung freiwillig geben. Der Berichtserstatter der Kommission kennzeichnete nochmals die Vorgänge und das Verhalten der Liebediener. Der Vorsitzende der Versammlung schloß mit der Aufforderung: Weider das Winter'sche Bier, dann wird der Sieg den organisierten Arbeitern sicher sein.

Auch der Brauereiarbeiterverein fühlt sich verpflichtet, in diesem Kampfe für das Unrecht Partei zu ergreifen. Ein Brauereiarbeiter hatte einen der gemäßigtesten Kollegen eingestellt. Als dieser Mittags anfangen wollte, sagte ihm der Brauereiarbeiter: Das hätten Sie mir sagen sollen, daß Sie von denen von Winter sind, ich kann Sie nicht anfangen lassen; ich könnte keinem Brauereiarbeiter mehr ins Gesicht sehen. Wenn Sie die Sache bei Winter beilegen, können Sie wieder vorsprechen. Der Mann handelt offenbar nach einem Beschluß des Brauereiarbeitervereins. Die Herren mögen aufsehen, daß sie nicht gar zu hochmüthig werden; die Zeit könnte nicht mehr allzufern liegen, wo sie zu thun haben werden, daß sie ihre Position und ihr Recht verteidigen, — wenn es ihnen gelingen wird.

† Mainz. Da die Löhne in der Schifferhofbrauerei gegenüber den anderen hiesigen Brauereien geringer waren, stellten die Brauer und Käufer folgende Forderungen: 1. Wöchentliche Lohnzahlung, und zwar Anfangslohn 25 Mk., nach einjähriger Thätigkeit 25 Mk. 2. Zehnstündige Arbeitszeit. 3. Für Ueberstunden 50 Pf., Sonntags 60 Pf. 4. Der Freitruak soll aus 5 Liter Bier pro Tag herabgesetzt werden. 5. Abmachungen sollen auf ein Jahr abgeschlossen werden; erfolgt von keiner Seite eine Kündigung, so gelten dieselben für ein weiteres Jahr. Eine event. Kündigung muß 4 Wochen vor Ablauf des Jahres erfolgen. — Eine Verhandlung mit Herrn Direktor Ebert hatte den Erfolg, daß die zehnstündige Arbeitszeit zugestimmt wurde, ein Theil der Brauer erhielt Lohnerhöhung. Auf eine Zuschrift des Gewerkschaftsstellvertreters antwortete Herr Direktor Ebert, er sei nicht in der Lage, weitere Zugeständnisse machen zu können, da er durch Abmachungen der „Vereinigten Mainzer Brauereien“ gebunden sei, und ersuchte das Gewerkschaftsstellvertret. sich dieserhalb mit dem Syndikus der „Vereinigten Mainzer Brauereien“, Herrn Dr. Lucius, ins Einvernehmen zu setzen. Eine Kommission, bestehend aus dem stellvertretenden und einigen Brauereiarbeitern, welche mehrfach mit dem Syndikus unterhandelte, erzielte Folgendes: 1. 10stündige Arbeitszeit, 2. einen Minimallohn von 23 Mk. (früher 20,93 Mk.) — die 23 Mk. werden erst nach einer halbjährigen Thätigkeit gezahlt — Einstellungslohn 21,57 Mk., 3. Ueberstunden 40 Pf., 4. der Haustrunk bleibt bei 7 Liter. Dieses gilt für sämtliche Brauereien von Mainz. Wenn es auch nur ein kleiner Erfolg war, das müßten sich aber die Kollegen zu Herzen nehmen, daß nur durch die Organisation Etwas errungen werden kann. Wenn alle Kollegen einig gewesen wären, hätten wir vielleicht die 26 Mk. bekommen, die die Bundesgesellen schon seit vorigem Jahr im Säckel haben. Die 26 Mark hängen aber noch so hoch und werden wir sie so bald nicht erhalten, wenn die Quertreiberei und die Uneinigkeit durch das Befehlen des Bundesvereins nicht aufhört. Die Kollegen von Mainz sollten sich dieses zum Beispiel nehmen und alle dem Verband beitreten, dann werden wir mehr erreichen können, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

### Literarisches.

„Adressbuch der gesamten Brauereien und Malzfabriken“, Verlag von A. Moser, Berlin, Brückenstraße. Sämtliche Brauereien und Malzfabriken der Erde soll das Adressbuch enthalten. Selbst wenn das Verzeichniß nicht ganz vollständig sein sollte, ist das Adressbuch ein sehr wertvolles und übersichtliches Nachschlagebuch für Alle, die ein derartiges bedürfen. Das Buch würde noch einen größeren Werth haben, wenn, wenigstens für Deutschland, die Jahresproduktion aller Brauereien angegeben wäre, was allerdings sehr schwierig sein dürfte.

### Briefkasten.

Von der vorigen Nummer sind die Zeitungen von einer Stelle retour gekommen (Adresse war unterwegs abgerissen). Die betreffende Zahlstelle zc. möge sich melden. Die Expedition.

### Abrechnung

über den Streik in Pina vom 17. Mai bis 23. Juni 1901. (Einzelmittglieder Dresden.)

Einnahme:	
Aus der Hauptkasse erhalten	1800,— Mk.
(am Ende des 2. Quart.)	256,90
Auf Listen gezeichnet	114,55
Summa	2171,45 Mk.
Ausgabe:	
Für Unterstützung an die Kollegen	1758,50 Mk.
Für Versammlungen, Fahrgehalte, Bierkontrolle	188,05
Für Inserate und Plakate	210,—
Für Porto und sonst. kleine Ausgaben	16,70
Summa	2173,25 Mk.
Bilanz:	
Einnahme	2171,45 Mk.
Ausgabe	2173,25
Mehrausgabe	1,80 Mk.

Dresden, den 6. August 1901.  
Für Richtigkeit der Angaben haften:  
Paul Oberländer. Georg Straßer.

### Bekanntmachung.

Nachdem es wiederholt vorgekommen ist, daß aus-gesteuerte Mitglieder sich als gemäßigelt ausgeben, um auf diese Weise noch Verbandsunterstützung zu erhalten, machen wir nochmals jeden Auszahler der Unterstützung darauf aufmerksam, daß ohne Bescheinigung von Seiten der betreffenden Zahlstelle oder vom Hauptvorstand keine Unterstützung, außer freiwillige, verabreicht werden darf.

Der Hauptvorstand.  
J. A. G. Bauer.

### Quittung.

Vom 1. bis 8. September gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:  
Hannover 2,40. Schwerin 5,—. Werden 4,80. Frankfurt a. M. 45,97. Erlangen 103,14. München-Gladbach 39,20. Trossingen 6,—. Göttingen 6,—. Straußberg 2,40. Halberstadt 43,84. Altreichenau 1,20. Dünning 2,40. Wetz 70,—. Darmstadt 100,—. Wittlich 10,—. Ahrensböck 3,40. Grimmen 3,60. Speichrow 1,20. Legehich 7,20. Zuttlingen 65,80. Rainburg 9,35. Halle II (Silfbarbeiter) 100,—. Weihenburg a. Sand 34,61. Hannover 2,20. Mithlhäufen i. Thüring. 4,71. Schmabach 100,—. Oderberg 5,—. Hannover 582,30.  
Für Inserate ging ein: Moschen 3,40. Rosenheim 1,50. Ludwigschafen 1,—. Hannover 1,—. St. Gallen —,80. Br. Schützenhof, Darmstadt, 1,—. Nienstetten 2,43. Gera 1,—.  
Für Abonnements ging ein: Berlin —,90.  
Berichtigung. In letzter Nummer muß es in der Bekannmachung (bezüglich Abrechnungen) statt Mülheim a. Rhein Mü l h e i m a. d. N h r heißen.

Bei der Landes-Gewerkschafts-Kommission in Graz (Oesterreich) sind zur Unterstützung der in Graz gemäßigelt Brauereiarbeiter von den Kollegen der Vereins- und Gölzschthal-Brauerei, Greiz, 26,80 Mk. — in Kronen 31,16 eingelängt Mutschlich, Sekretär.  
12 Mk. von den Bierfahrern der Städt. Lagerbier-Brauerei, Hannover, durch Herrn Bubeneber dankend erhalten. Franz Henrich.

### Verbandsnachrichten.

\* Genua. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: J. Dobler, Glockenstr. 14. Unterstützung wird daselbst aus-gezahlt von 7—8 Uhr Abends.  
\* Gießen. Lokal und Herberge befinden sich jetzt im „Wiener Hof“, wofür auch Unterstützung vom Kollegen Gerst-laner ausbezahlt wird.

### Versammlungen finden statt in:

- Alzey. Sonnabend, den 14. September, beim Kollegen Gerber. Alle erscheinen.
- Berlin. (Sektion der Brauer.) Sonntag, den 15. September, Nachmittags 2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-scher 15, Saal 1. Vortrag Dr. A. Steiner's über: „Säckel's Bekämpfung“.
- Borsum. Sonntag, den 15. September: Agitations-Ausflug nach Dülmen. Abfahrt 9 Uhr 42 Minuten vom Gohlshafenbahnhof.
- Erfeld. Sonnabend, den 14. September, Abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ (früher „Wilhelmshöhe“).
- Frankenthal. Sonntag, den 15. September, Vormittags 10 Uhr, im Lokale Bergand.
- Hagen. Jeden dritten Sonntag im Monat im Lokal von Günther Schmidt, Hagen.
- Hannau. Jeden 1. Mittwoch im Monat.
- Jugoskiadt. Sonntag, den 15. September, Nachm. 3 Uhr: Generalversammlung. Ausschlußwahl, Kassenrevision durch Kollegen aus München. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Alle erscheinen.
- Menscheid. Sonntag, den 15. September, Nachm. 4 Uhr: Generalversammlung bei Hecke, Petersberg. Wir hoffen, einmal alle Mitglieder zu sehen.
- Tübingen. Sonntag, den 22. September, Nachm. 2 Uhr, im „Alder“.
- Weihenburg a. S. Jeden dritten Sonntag im Monat.
- Werder a. S. Sonntag, den 15. September, Nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Martin, Kugelweg. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
- Zwickau. Am Sonntag, den 15. September, Nachmittags punkt 2 Uhr, im Restaurant „Belvedere“: Öffentliche Versammlung. Referent: Kollege Gd. Stöcklein-Leipzig. Quittungs-bücher mitbringen. Restanten werden auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam gemacht.

Bei der Abreise zu seiner neuen Stellung als Ober-wälzer unsern werthen Verbandskollegen Joh. Haber-schaden die herzlichsten Glückwünsche, in der Hoffnung auf Wiedersehen in der Orga-nisation.  
Die organisierten Kollegen der Aktien-Brauerei, vorm. Fehr. v. Tucher, Nürnberg.  
Unsern werthen Verbands-kollegen Max Ankenbauer und seiner lieben Frau Frau. Marie Froschauer zu der am 28. August statt-gefundenen Verlobungsfeier nachträglich die besten Glück-wünsche.

Wo befindet sich der Kollege Andreas Kirchberger aus Reunith (Oberpfalz)? Um dessen Adresse bitte Anton Jand, Brauerei zum schwarzen Bären, Waisenan bei Mainz.  
Für die Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen Kollegen der Lindener Aktien-Brauerei herzlichsten Dank. Karl Dettmer und Frau, geb. Eichardt, Linden-Hannover.

**Nürnberg.**  
Achtung, Bierführer!  
Nachdem unser Vorhaber, jede Woche einen Gesell-schafts-Abend einzuführen, unter den Bierführern allseitig Zustimmung gefunden hat, ersuchen wir dieselben, sich regel-mäßig an demselben zu be-theiligen. Er findet jeden Mittwoch in der Restauration zum Schillerplatz statt.  
J. A.: Fr. Bach.

**Empfehlenswerth für alle Brauereien:**  
Tabellen zur Berechnung der Malzausbeute, Preis 50 Pf.  
Normal-Volum-Perzent-Sacharometer u. Ball. zur leichten Ermittlung der Malzausbeute, Preis 5 Mk.  
Zu beziehen durch  
E. Ehrlich, Brauer-Akademie zu Worms.  
(Promp. Untersuchung von Malz, Wasser, Bier zc.)